RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
UMWELT, LANDWIRTSCHAFT,
ERNÄHRUNG, WEINBAU
UND FORSTEN

Ministerium f. Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau u. Forsten | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten
Frau Christine Schneider, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
16/4979
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mulewf.rlp.de
http://www.mulewf.rlp.de

04. Feb. 2015

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
MB-01 421-2/2014-79#5		Ulrike.Hoefken@mulewf.rlp.de	06131 16-2304/05 06131 16-4604

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten am 13.01.2015

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der oben genannten Sitzung wurde zu TOP 4 „Einleitung von Calciumchlorid in den Rhein", Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 16/4715, die schriftliche Berichterstattung beschlossen. Gemäß diesem Beschluss berichte ich wie folgt:

Das Thema „Chlorid-Pipeline in den Rhein" hat Ende des letzten Jahres für einigen Wirbel in der Presse und in diversen Gremien gesorgt. Ich verweise hierzu auch auf meine Antwort zur Kleine Anfrage zum gleichen Thema[1].

Im Frühjahr 2013 wurde das Thema „Mögliche Chloridüberleitungen" in einer Sitzung der Internationalen Kommissionen zum Schutz von Mosel und Saar von französischer Seite angesprochen. Diese informierten die Teilnehmer, dass in einer Studie eines Ingenieurbüros drei Varianten geprüft werden sollen:

[1] Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU) „Calciumchlorid-Pipeline", Drucksache 16/4434

Verkehrsanbindung
Ⓗ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße". ♿ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße. ✚ Besucheranschrift der Abteilung Landwirtschaft und Landentwicklung: Emmeransstraße 39, 55116 Mainz

Parkmöglichkeiten
Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)

a) Bestehende Einleitungen in die Mosel weiter flussabwärts in die Mosel einzuleiten,
b) Bestehende Einleitungen in die Mosel in den Rhein unterhalb von Straßburg einzuleiten,
c) Aufbereitung der Salzeinleitungen (z.B. durch Umkehrosmose).

Die Studie liegt nach derzeitiger Kenntnis weder der Bundesregierung noch einer der betroffenen Landesregierungen vor. Das Vorhaben befindet sich noch nicht in einem Genehmigungsverfahren.

Nach neuesten Informationen aus Frankreich, anlässlich der Vollversammlung der Internationalen Kommissionen zum Schutz von Mosel und Saar am 12.12.2014, stößt das Vorhaben auch in Frankreich auf große Skepsis. Nach französischen Angaben hat das sog. „comités de bassin" daher Anfang Dezember 2014 eine Studie zur Akzeptanzverträglichkeit sowie eine Kosten-Nutzen-Analyse, auch im Hinblick auf die geschätzten Kosten (250 bis 300 Mio. Euro), in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sollen im zweiten Quartal 2015 vorliegen. Die endgültige Entscheidung über die Weiterverfolgung oder Einstellung des Projekts wird daher Mitte dieses Jahres erwartet.

Im Falle einer Entscheidung für die Weiterverfolgung des Projektes würde sich das Verfahren nach französischem Recht richten. Es gelten aber auch die Vorschriften des EU-Rechts. Dazu gehört z.B. eine grenzüberschreitende Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei Maßnahmen, die grenzüberschreitend wirken.

Darüber hinaus wäre eine Abstimmung im Zuge der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, zum Beispiel über Bewirtschaftungspläne, Maßnahmenprogramme, erforderlich. Ein solches Projekt würde dann sicherlich auch in der IKSMS und der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) thematisiert.

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
UMWELT, LANDWIRTSCHAFT,
ERNÄHRUNG, WEINBAU
UND FORSTEN

Die rheinland-pfälzische Landesregierung schätzt Überleitungen von Schadstoffen als nicht zeitgemäß ein. Es sollte eine Aufbereitung der salzbelasteten Abwässer erfolgen, die damit generell die Salzeinleitungen und die Gewässerbelastungen verringern würde. In allen Gremien würde sich Rheinland-Pfalz deshalb dagegen aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Höfken